

*Interview mit Sigmar Gabriel*

## »Es geht um ein Mehr an Lebensqualität für alle«

*Im Januar beschloss der SPD-Parteivorstand das Papier »Neuer Fortschritt und mehr Demokratie«, welches die Grundlage für die Arbeit der kommenden Monate bildet. Über ein notwendigerweise reformiertes Fortschrittsverständnis, das Verhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität sowie die Realisierungschancen des neuen Konzeptes sprach die NG/FH mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Die Fragen stellte Thomas Meyer.*

**NG/FH:** Der SPD-Vorstand hat soeben sein großes Zukunftsprojekt »Neuer Fortschritt«, ein politischer Gesamtentwurf mit vielen inhaltlichen Festlegungen, als gesellschaftliche Diskussionsvorlage verabschiedet. Welche Überlegungen liegen ihm zugrunde und was sind die Hauptkonturen dieses Projekts?

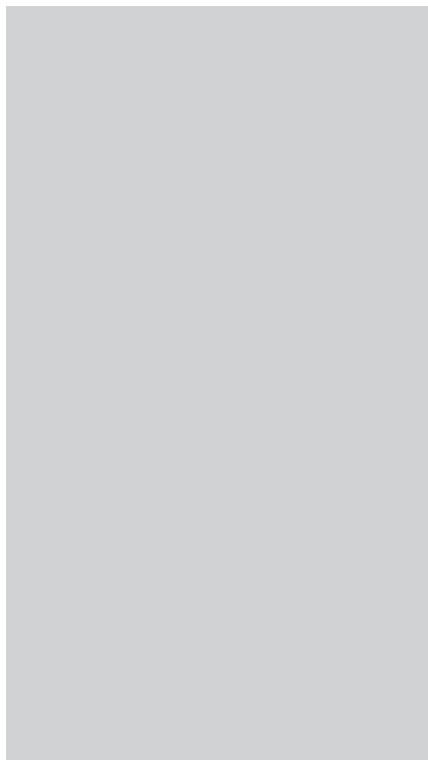
**Sigmar Gabriel:** Keine politische Kraft in Deutschland, Europa und in der Welt wird so sehr mit dem Begriff »Fortschritt« identifiziert wie die sozialdemokratische Bewegung. Von Anfang an war für die Sozialdemokratie klar, dass Fortschritt in Wissenschaft und Technik mit einer Verbesserung nicht nur der individuellen Lebensbedingungen einhergeht, sondern auch mit einem Mehr an Freiheit und Demokratie, einem Mehr an Gerechtigkeit und Solidarität. Inzwischen zweifelt kaum jemand daran, dass dieses fast lineare Fortschrittsverständnis, dass aus stetigem Wachstum sich quasi automatisch auch ein beständig höherer Wohlstand und mehr sozialer und gesellschaftlicher Fortschritt ergibt, heute überholt ist. Tatsache ist, dass sich wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Fortschritt in hohem Maße von sozialem und gesellschaftlichem Fortschritt entkoppelt haben. Das lässt nicht nur die Fortschrittsversprechen der politischen und wirtschaftlichen Elite in den Ohren der Bevölkerung häufig hohl klingen. Es nimmt der Gesellschaft und den Menschen, die sich engagieren, die Hoffnung darauf, dass sie durch politisches Engagement da-

für sorgen können, dass das Leben für alle besser wird.

Angesichts dieser Ausgangslage bin ich davon überzeugt, dass die Sozialdemokratie gut daran tut, ihr Fortschrittsverständnis neu zu bestimmen und wieder dafür zu sorgen, dass der wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Fortschritt verbunden wird mit dem gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt. Das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie! Eine große Aufgabe zwar, aber die Sozialdemokratie wird nur für große Aufgaben gebraucht. Für kleinere sind andere zuständig.

**NG/FH:** Der kürzlich verstorbene große sozialdemokratische Historiker Tony Judt hat in den letzten Jahren gemahnt, dass die Linke in Europa viele gute politische Projekte hat, aber nicht mehr die Sprache, um ihre Projekte in zeitgemäßen Begriffen in die Gesellschaft hineinzutragen. Es fehle der Sozialdemokratie eine Sprache, in der sich ihre Projekte mit den Erfahrungen und Hoffnungen der Gesellschaft treffen können. Ist die Orientierung des neuen Projekts an den Begriffen »Neuer Fortschritt« und »Fairness« ein Teil der Antwort auf diese Herausforderung, linker Politik wieder eine offensive Sprache zu geben, die von der Gesellschaft verstanden werden kann?

**Gabriel:** Richtig ist: Der Fortschrittsbegriff allein entwickelt noch keine neue Attraktivität, sondern es gibt immer noch viel mehr Fortschrittskepsis, als ein ausge-



sprochener Glaube an diesen Begriff existiert. Und wir wollen auch keinesfalls zurück zu einem »naiven Fortschrittsglauben«. Kurz: Ein neuer Begriff allein ist noch keine neue Sprache. Im Kern denke ich, dass es am Ende vor allem darauf ankommt, dass Menschen auch erleben oder auch antizipieren können, dass mit sozialdemokratischer Politik ihr persönliches Leben oder das ihrer Kinder wieder besser wird. Dann findet sich über alltägliche Erfahrung dafür auch wieder eine Sprache. Zu glauben, dass es nur an einer falschen Kommunikation oder veralteten Sprache liegt, dass die sozialdemokratische Bewegung nicht durchdringt, das wäre viel zu kurz gedacht.

**NG/FH:** In dem Fortschrittspapier selbst und in den Artikeln, die Sie dazu geschrieben haben, lautet eine zentrale Definition, »Neuer Fortschritt« bedeute vor allem, den

Mehrwert aus dem wissenschaftlich-wirtschaftlich-technischen Fortschritt sozial und ökologisch nutzbar zu machen. Könnten Sie dieses »Mehr« etwas konkretisieren und abgrenzen von der alten Wachstumsdefinition des Fortschritts?

**Gabriel:** Man muss zunächst darauf hinweisen, dass Deutschland seit Beginn der Währungsunion fast eine Billion Euro mehr eingenommen als ausgegeben hat. Der Reichtum unserer Gesellschaft ist gewachsen, aber dieses Geld ist weder fair denjenigen zugeflossen, die es erarbeitet haben, noch ist es bei uns in eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur (z.B. für Betreuung und Bildung) investiert worden. Sondern es ist vermehrt nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute gekommen und zudem in gefährliche Investitionen am Finanzmarkt und in die USA abgeflossen. Ich will mit diesem Beispiel darauf hinweisen, dass durch wirtschaftliche Entwicklung nicht das allgemeine Wohl gesteigert wurde. Im Kern geht es auch um die Frage, was soll wachsen und was nicht? Deswegen geht es neben der Frage, wie wir wirtschaftliches Wachstum wieder mit sozialer und ökologischer Entwicklung koppeln, auch darum, wie sich diese wirtschaftliche Entwicklung eigentlich vollziehen soll? Der rein quantitative Wachstumsbegriff bringt uns nicht weiter, er bemisst noch keine Qualitäten. Letztlich geht es uns – das soll in der Debatte klar werden – bei diesem neuen Fortschrittsbegriff um ein Mehr an Lebensqualität für alle.

**NG/FH:** Aber als Absage an jedes Wirtschaftswachstum wäre dieser Begriff des »Neuen Fortschritts« missverstanden?!

**Gabriel:** Auf jeden Fall. Wirtschaftliches Wachstum allein ist noch kein Fortschritt. Aber der Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum ist garantiert auch keiner. Ich stimme allerdings Erhard Eppler zu, der sagt, der qualitative Wachstumsbegriff der

letzten Jahrzehnte, seit der Debatte des Club of Rome, hat in Wahrheit nicht viel bewirkt. Qualitatives Wachstum ist auch ein Begriff, hinter dem man sich verstecken kann, sodass der Eppler'sche Begriff vom *selektiven Wachstum* die härtere, weil realitätsnähere Herausforderung ist. Dieser Diskussion müssen sich Sozialdemokraten am Ende auch stellen. Und ich

**» Am Ende kommt es vor allem darauf an, dass Menschen auch erleben oder auch antizipieren können, dass mit sozialdemokratischer Politik ihr persönliches Leben oder das ihrer Kinder wieder besser wird. «**

weiß, dass dies ein längerer Prozess ist, der in Fachkreisen schon im Gange ist.

**NG/FH:** Nun sagen viele Beobachter, vor allem Linke, dass wir in ein Zeitalter der sozialen unmenschlichen Unsicherheit eintreten. Enthält das neue Fortschrittskonzept überzeugende Antworten auf diese Herausforderung?

**Gabriel:** In Wahrheit befinden wir uns mitten in diesem Diskussionsprozess, wenn man sich vor Augen hält, wie viele Menschen in Deutschland und Europa Angst um ihre eigene berufliche Zukunft, um die Situation im Alter, die Zukunft ihrer Kinder haben. Ich glaube sogar, dass ein Teil der Antwort auf die großen Widerstände, zum Beispiel gegen Kernkraftwerke oder UMTS-Masten vor Ort im Wohnumfeld darin begründet liegt, dass die Menschen so vielen Verunsicherungen ausgesetzt waren, sodass sie wenigstens einen Ort haben wollen, an dem alles so bleibt, wie es ist.

Bezogen auf die Politik heißt das, dass man neben dem Bekenntnis zum Wandel auch Sicherheiten bieten muss. Zum Beispiel die Sicherheit, dass jeder, der krank wird, unabhängig vom Einkommen, den gleichen Zugang zum medizinischen Fortschritt hat. Zum Beispiel, dass Städte und Gemeinden ein gutes Lebensumfeld bieten, dass man dort nicht nur soziale, sondern auch kulturelle Angebote hat. Ich

glaube, dass solche Sicherheiten dazu gehören, um Menschen die Kraft zu geben, den Wandel manchmal eben auch zu ertragen, besser aber noch: mit zu gestalten. Ich habe damals bei der Debatte um die Agenda 2010 immer gesagt, wenn wir den Menschen drei Dinge sagen, die sich ändern, lass uns ihnen wenigstens eine Sache sagen, auf die sie sich verlassen können. Das

ist auch im Zeitalter von schnellen Veränderungen möglich. Und vor allem ist es die Pflicht von Politik, diese Sicherheiten wieder zu gewährleisten.

**NG/FH:** Was sind die politischen Hauptprojekte, die dieses Konzept tragen und um die die Debatte nun bis zur Verabschiedung Ende 2011 geführt werden soll?

**Gabriel:** Zu Beginn und zentral steht natürlich das Thema Wirtschaft und Beschäftigung. Wachstum – was soll wachsen, welche Beschäftigungspotenziale haben wir? Wenn wir auf Wachstum vollständig verzichten wollten, dann werden die Verteilungskonflikte mit Sicherheit zunehmen. Denn eine älter werdende Gesellschaft braucht mehr Ressourcen.

Der Debatte um das, was schrumpfen soll, darf man nicht ausweichen, auch wenn dafür ein langer Anlauf nötig ist. Trotzdem ist die Frage hinsichtlich unserer wirtschaftlichen Stärke, sowohl im Export, wie auch in der Binnennachfrage, im Kern die Frage einer ökologischen Industriepolitik oder einer Industriepolitik ganz allgemein: Welche Rahmenbedingungen braucht diese Gesellschaft, von qualifizierten Fachkräften bis hin zur Infrastruktur, um ein ökonomisch erfolgreiches Land zu bleiben?

Ich finde aber, genauso wichtig ist die Frage nach der Zukunft der Arbeit, vor al-

lem nach fairen Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen. Das ist das Thema »Arbeiten und Leben« heute. Es war mal ein ganz klassisches sozialdemokratisches und gewerkschaftliches Thema. Wir hatten in den 60er Jahren eine Kampagne »Samstags gehört Vati mir«. Da ging es darum, dass Arbeit, Familie und Leben besser miteinander vereinbar werden.

Heute soll in der Rushhour des Lebens – also von Anfang/Mitte 20 bis Mitte/Ende 40 – alles bewältigt werden: berufliche Karriere, Familie, Kinder kriegen, etwas fürs Alter zurücklegen. Wir müssen daher neue Antworten geben, angesichts unterschiedlicher Geschwindigkeiten im Verlauf des Arbeitslebens, damit partnerschaftliche Familie überhaupt möglich wird.

Und dabei müssen wir über Gesundheit und Pflege reden, eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte, zumal in der Verbesserung der Pflegesituation für Ältere auch große Chancen bestehen, z.B. für den Arbeitsmarkt. Ich bin fest überzeugt: Humanität und Anstand einer Gesellschaft bemisst sich daran, wie wir mit Kindern und alten Menschen umgehen, die der Hilfe, Betreuung und Begleitung bedürfen.

Schließlich das Thema Generationengerechtigkeit: Die SPD bekennt sich zu soliden Finanzen. Aber all dies wird heute nicht mehr funktionieren mit einer rein nationalen Politik. Europa ist die sozialdemokratische Antwort auf die Notwendigkeit, wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung zu koppeln.

**NG/FH:** Sie haben auf dem Parteitag in Dresden 2009 gesagt, dass es eine politische Mitte eigentlich nicht gibt. Man muss das, was die politische Mitte sein könnte, durch Projekte, Begriffe, Politiken von Links füllen. Ist das jetzt der Versuch, die politische Mitte mit dem neuen Fortschrittsbegriff von Links zu definieren? Wenn ja, wer sind die Zielgruppen, wer sind die Bündnispartner? Welche gesellschaftlichen und po-

litischen Partner haben Sie bei dieser Debatte für eine gesellschaftliche Mehrheitsstrategie und für die Umsetzung einer solchen Politik im Auge?

**Gabriel:** In der Tat geht es uns darum, die Mehrheitsfähigkeit der sozialdemokratischen Idee wiederherzustellen und das ist immer der Kampf um die Mitte der Gesellschaft. Für die Sozialdemokratie heißt das: Klassische Bündnispartner bleiben die organisierte Arbeitnehmerschaft, das aufgeklärte Bürgertum sowie kritische und linke Intellektuelle – damit auch die technische Intelligenz berücksichtigt wird, zu denen heute nicht nur Ingenieure, sondern auch IT-Berufe gehören. Das hört sich vielleicht etwas abstrakt an. Viel wichtiger ist, dass neben unseren klassischen Bündnispartnern, wie Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften, für uns auch die Interessenvertretungen der Zivilgesellschaft, die sich um Partizipation und Demokratie kümmern, zentrale Bündnispartner sind. Hierzu zählen u.a. Organisationen wie etwa *Transparency International*, die nicht zulassen wollen, dass wir von wirtschaftlichen Lobbyisten regiert werden, oder auch NGOs, die sich um Umwelt- und Entwicklungspolitik kümmern. Nicht zu vergessen sind jene, die in unserer Gesellschaft ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben und wollen, dass die Gesellschaft zusammenhält. Die SPD ist und bleibt die Gemeinwohlpartei in Deutschland.

Dazu gehören auch die mittelständischen Unternehmer. Denn oft haben gerade Familienunternehmer die gleichen Vorstellungen, wie sich die Gesellschaft entwickeln soll, wie Sozialdemokraten. Sie wollen auch Nachhaltigkeit und für ihre Kinder und Enkelkinder eine lebenswerte Umwelt. Und sie sind daran interessiert, dass die Gesellschaft den sozialen Ausgleich fördert, Leistung belohnt und sozialen Frieden schafft. Diese Gruppe ist ein ganz entscheidender Partner. Sie wird im Zweifel sogar

dafür Verständnis haben, wenn wir zu den besser Verdienenden sagen: Viele Menschen in diesem Land sind wohlhabend aufgrund ihrer eigenen Leistung. Aber keiner von denen ist das *nur* aufgrund seiner eigenen Leistung, sondern weil die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dies ermöglichen haben. Und wenn dieses Land Hilfe braucht, dann muss man ihm auch etwas zurückgeben. Deswegen ist eine moderate Erhöhung des Spitzensteuersatzes auch ein Ausdruck von sozialem Patriotismus und nicht von Sozialneid.

**NG/FH:** Man spürt bereits jetzt aus bestimmten bürgerlichen Medien Gegenwind. Da heißt es: »Steuerpartei«, »säuerliches Weltbild«, »politische Bevormundung« und »jetzt will die SPD auch noch definieren, was Fortschritt ist«. Steckt in der neuen Fortschrittskonzeption genug Substanz? Hat die SPD genug Selbstvertrauen, gegen diesen Widerstand, zusammen mit anderen, mit langem Atem das neue Konzept mehrheitsfähig, dominant in der deutschen Debatte zu machen?

**Gabriel:** Seit 147 Jahren kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten darum, dass Fortschritt eine gesellschaftliche und soziale Richtung bekommt. Und seit ein paar Jahrzehnten haben Liberale und Konservative versucht, eine andere Richtung einzuschlagen, die krachend mit der Wirtschafts- und Finanzkrise gescheitert ist. Wer, wenn nicht die Sozialdemokratie, kann selbstbewusst sagen, ja, dies hier ist das Fortschrittsverständnis, das *wir* wollen, und es ist gut, dass *Ihr* Euch darüber aufregt. Das zeigt zunächst: Ihr habt nichts gelernt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Das zweite ist: Die Sozialdemokratie vertritt ein ganz optimistisches Weltbild, weil wir davon ausgehen, dass man nicht hinzunehmen hat, wie man leben muss, sondern dass es immer noch möglich ist, durch demokratische Politik zu entscheiden, wie wir leben wollen. Die Welt ist durch Menschen veränderbar, nichts ist einfach vorherbestimmt. Man kann das Leben für alle besser machen – ein optimistischeres Weltbild gibt es doch gar nicht.